

„Sprechen uns klar gegen Familiennachzug aus“

Hubert Aiwanger will mit stramm konservativer Linie die Freien Wähler nach Berlin bringen

Hubert Aiwanger ist derzeit ein gefragter Mann. Ungeachtet trüber Umfragewerte ist der Landesvorsitzende der Freien Wähler omnipräsent, tingelt durch Talkshows, Fernsehstudios und Radiostationen, und gibt bei Volksfesten wie dem Gilla-moos oder der Regensburger Herbstdult den Volkstribun. Der Landwirt aus Rottenburg steigt für die Freien Wähler als Direktkandidat für die Bundestagswahl im Wahlkreis Landshut-Kelheim in den Ring und hat einen Traum: Am 24. September den Sprung nach Berlin zu schaffen.

Landshuter Zeitung: Herr Aiwanger, eigentlich verortet man Sie in der bayerischen Landespolitik. Nun kandidieren Sie für den Bundestag. Wie kommt dieser Wechsel?

Hubert Aiwanger: Weil ich glaube, dass der Hebel in Berlin noch länger wäre als der in München, um für die Region Landshut was zu bewegen. Wenn es mit Berlin nicht klappen sollte, werde ich im kommenden Jahr wieder für den Landtag kandidieren.

Bei der Bundestagswahl vor vier Jahren lagen die Freien Wähler – die bekanntlich auf regionaler und kommunaler Ebene durchaus ihre Erfolge feiern – bei gerade mal einem kümmerlichen Prozent. Laut Umfrage wird es diesmal nicht viel besser laufen. Warum tut man sich das eigentlich an und konzentriert seine Kräfte nicht lieber auf die Landtagswahl 2018?

Wir betreiben eine Aufbauarbeit, die auf mehrere Jahre und Wahlperioden angelegt ist. Die Freien Wähler sind eine solide gewachsene Truppe und verfügen – als einzige der kleinen Parteien – in jedem Bundesland über eine eigene Liste. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir unser Ergebnis von vor vier Jahren deutlich verbessern werden. Im Übrigen haben wir auch zehn Jahre gebraucht, um den Einzug in den Bayerischen Landtag zu schaffen. So etwas geht nie von heute auf morgen – vor allem, wenn so ein Erfolg nachhaltig sein soll.

Das beherrschende Thema bei der Bundestagswahl ist die Flüchtlingspolitik. Hier fällt auf, dass die Freien Wähler selbst für konservative Verhältnisse eine sehr stramme Linie verfolgen. Aber wird man mit Äußerungen, die man zwischen CSU und AfD ansiedeln könnte, überhaupt Erfolg haben können? Ist dieser Raum nicht schon besetzt?

Wir stehen in der politischen Mit-



Hubert Aiwanger tritt bei der Bundestagswahl für die Freien Wähler im Wahlkreis Landshut-Kelheim als Direktkandidat an. Foto: bb

te und vertreten geltendes Recht. In der Flüchtlingsfrage wurde von der Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel und CDU/CSU/SPD geltendes Recht außer Kraft gesetzt. Das geht so nicht – dadurch ist die AfD erst groß geworden. Gerade unsere Kommunen wie der Landkreis Landshut und viele Gemeinden sind von der verfehlten Flüchtlingspolitik von CDU/CSU/SPD betroffen. Wir sprechen uns gegen Familiennachzug in großem Stil aus. Im Gegenteil sollte man nun auch bei Syrern dazu übergehen, diese wieder in ihr Heimatland zu bringen, in dem die jungen Männer dort für den Wiederaufbau 'dringend' gebraucht werden. Natürlich nicht überstürzt, sondern schrittweise und mit bester humanitärer Begleitung. So eine Rückführung hat auch nach dem Jugoslawienkrieg in den Neunziger Jahren gut geklappt.

Ein schönes Ziel. Aber man bekommt schon erhebliche Zweifel an der Umsetzung, wenn man einen syrischen Kommandeur der Regierungstruppen im Interview hört, der alle Flüchtlinge zu Verrätern erklärt, denen man niemals vergeben und verzeihen werde. Und ihnen „rät“, niemals zurückzukehren,

Eine sichere Rückkehr der Flüchtlinge muss vom syrischen Regime gewährleistet werden, das ist völlig klar. An eine derartige Zusicherung durch die Regierung Assad muss man auch die Wiederaufbauprogramme knüpfen. Komischerweise behaupten aber jetzt einige Flüchtlinge, zu Hause Straftaten begangen zu haben, so dass sie Stra-